

PROTESTE

„Banken kontrolliert bankrott gehen lassen“

Unter dem Schlachtruf „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ rufen Gewerkschaftsgruppen und die Globalisierungskritiker von Attac zu Demonstrationen in Frankfurt am Main und Berlin auf. Sie sollen den Auftakt bilden zu einem „Protestjahr für den schon lange fälligen sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau“ der Gesellschaft. Der Politikwissenschaftler und Attac-Aktivist Alexis Passadakis, 31, gehört zu den Organisatoren des Protestbündnisses.

SPIEGEL: Was bedeutet Ihr Schlachtruf? Wollen Sie keine Steuern mehr zahlen?
Passadakis: Wir sind der Meinung, dass die Kosten der Wirtschaftskrise diejenigen zahlen sollen, die von der Globalisierung am meisten profitiert haben.
SPIEGEL: Deutschland hat als Exportweltmeister insgesamt davon profitiert.
Passadakis: Nein, die Masse der Bevölkerung hat nichts von dem Boom ge-



Passadakis

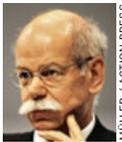
habt, die musste sich in Lohnzurückhaltung üben. Die Vermögenden dagegen haben ihren Reichtum noch mal kräftig steigern können. Deshalb wäre eine Sonderabgabe für Superreiche nur gerecht.
SPIEGEL: Sie wollen die Aldi-Brüder oder die Familien Klatten und Otto schröpfen?
Passadakis: Ja, insbesondere die sollen zur Kasse gebeten werden. Wir verlangen, dass die Reichen zwischen 5 und 20 Prozent ihres Vermögens hergeben.
SPIEGEL: Und dabei soll genug Geld zusammenkommen, um die Rettungspakete zu finanzieren?

Passadakis: Die Bundesregierung hat bisher 480 Milliarden Euro an Bürgschaften und Kapitalspritzen für Banken bereitgestellt. Allein seit dem Jahr 2002 sind die privaten Vermögen in Deutschland um fast 800 Milliarden Euro gewachsen. Da gäbe es eine Menge zu holen. So wie bisher kann man jedenfalls nicht weitermachen.
SPIEGEL: Wieso?
Passadakis: Die EU-Kommission schätzt in einem geheimen Papier, dass die Banken noch auf faulen Papieren im Wert von mehreren Billionen Euro sitzen. Dafür zu haften würde jeden öffentlichen Haushalt überfordern. Deshalb wäre es besser, Banken kontrolliert bankrott gehen zu lassen, sie in die öffentliche Hand zu übergeben und dann wieder zu rekapitalisieren. Dann wären die Steuermilliarden sinnvoll genutzt.
SPIEGEL: Rechnen Sie mit einer hohen Beteiligung an Ihren Protesten?
Passadakis: Für viele Menschen ist die Krise immer noch sehr abstrakt. Dennoch wachsen unsere Mitgliedszahlen zurzeit rasch. Nach den Aktionen in Frankreich rufen wir in Deutschland für den 28. März, kurz vor dem Weltfinanzgipfel in London, zu Demos auf.

GEHÄLTER

Flut von Boni-Prüfungen

Nach der Aufregung um Milliardenboni für Bankmanager lassen Unternehmen quer durch alle Branchen prüfen, ob sie Mitarbeitern die leistungsbezogenen Sondervergütungen kürzen oder ganz streichen können. Zuletzt kündigte Daimler-Chef Dieter Zetsche an, die Bonuszahlungen im Autokonzern zu kappen. Anwälte berichten, dass sie in diesen Wochen von entsprechenden Anfragen förmlich überschüttet werden. Die Firmen haben allerdings schlechte Chancen. Das Bundesarbeitsgericht entschied zuletzt in zwei Fällen zugunsten von Bonusempfängern; demnach sind die Klauseln in Arbeitsverträgen oft so formuliert, dass selbst aus freiwilligen Leistungen Ansprüche erwachsen. „Ein großer Teil wird seine Boni behalten dürfen“, sagt Kara Preedy, Arbeitsrechtlerin in der Berliner Kanzlei Pusch Wahlig Legal, jedenfalls gilt dies für Beträge aus dem Jahr 2008. In Zukunft, erwartet Preedy, würden die Firmen einvernehmliche Lösungen mit den Mitarbeitern anstreben oder neue Vergütungsregeln über Änderungskündigungen durchsetzen.



Zetsche

KONJUNKTUR

Lob aus Brüssel

Finanzexperten der EU bewerten die Konjunkturpakete der Mitgliedsländer als richtige Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Die Maßnahmen der Ein-



Autobahnbau

zelstaaten minderten „die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts dieses Jahr um einen dreiviertel Prozentpunkt“, heißt es in einer neuen Studie der EU-Kommission. „Der fiskalische Impuls für die Wirtschaft der EU wird 2009 größer sein als jemals seit den siebziger Jahren“, schreiben die Brüsseler Experten. Auch gebe es keine Anzeichen dafür, dass die Mitgliedstaaten Reformen zurückdrehten oder frühere Fehler wiederholten – „zum Beispiel Programme zur Frühverrentung“. Besonderes Lob erfährt Deutschland, zum Beispiel für zusätzliche staatliche Investitionen von fast 18 Milliarden Euro, die unter anderem in den Ausbau der Autobahnen fließen sollen. Ausdrücklich gelobt wird auch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder die Ausweitung der Kurzarbeit von 6 auf 18 Monate. Generell, so meinen die Experten, hätten die Wachstumspakete ein „hohes Potential, die Nachfrage zu stimulieren, indem sie Haushalte und Unternehmen, die unter der Kreditklemme leiden, unterstützen“. Nach der Zusammenstellung der Kommission wendet kein großes EU-Land gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr für die Stabilisierung der Konjunktur auf als Deutschland. 2009 entsprechen die Ausgaben 1,5 Prozent des BIP, 2010 sogar 1,9 Prozent.